

Die Illusion der „Volksgemeinschaft“ – Bündnis zwischen Großindustrie und NS-Führung gegen die Arbeiterschaft

Karsten Heinz Schönbach

Ein großes Problem in der Geschichtsschreibung besteht nach wie vor darin, dass viele Historiker die NS-Ideologie wörtlich nehmen. Sie verwechseln sie mit der historischen Realität und verkennen oftmals deren rein agitatorischen Zwecken dienenden Propagandacharakter. Der Realitätsgehalt der ideologischen Formel von der sogenannten „Volksgemeinschaft“ und das zwangsläufig daraus resultierende Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft während des „Dritten Reiches“ bieten geradezu ein Paradebeispiel, um die Distanz der NS-Ideologie zur historischen Wirklichkeit jener Zeit darzustellen.

Um dem nachzugehen, müssen vier Fragen untersucht werden: *Erstens*, welchen Anteil umfassten die beiden genannten Gruppen – Arbeiter und Großindustrielle – eigentlich an der damaligen Gesamtbevölkerung; *zweitens*, welche grundlegenden politischen Ziele verfolgten die Großindustriellen in Bezug auf die Arbeiterschaft; *drittens*, wie verhielt sich die NS-Führung zu diesen Zielen; und *viertens*, wie wirkte sich das praktische politische Handeln der damaligen Großindustriellen und der NS-Führung auf das Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft während des „Dritten Reiches“ aus?

1. Die politischen Ziele der deutschen Großindustriellen im Kampf mit der Arbeiterschaft

Die Gesamtzahl der Industriellen jener Zeit ist nie untersucht worden. Die jüngere historische Forschung geht jedoch bezüglich der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts von 30.309 Industriellen aus, welche bei einer Bevölkerung von damals etwa 30 Millionen Einwohnern lediglich 0,1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten.¹ Im Verlaufe der weiteren Industrialisierung wird sich diese Zahl mit Sicherheit verdoppelt, wenn nicht sogar verdreifacht haben. Insgesamt kann meiner Ansicht nach aber kaum davon ausgegangen werden, dass die Industriellen im „Dritten Reich“ ei-

¹ Siehe Heinrich Best: *Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland*, Göttingen 1980, S.55.

nen wesentlich größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung umfasst hätten, war doch auch die Bevölkerung parallel zur Industrie gewachsen und hatte sich bis zur Zeit der Weimarer Republik ebenfalls verdoppelt.² Durch den Übergang zur Großindustrie Ende des 19. Jahrhunderts wie durch die massenhaften Bankrotte in mehreren Wirtschaftskrisen muss sogar von einer rückläufigen absoluten Zahl der Industriellen ausgegangen werden. Dabei bildeten die Großindustriellen selbst innerhalb der Industriellen eine verschwindend kleine Gruppe von nicht mehr als insgesamt etwa 200 Personen.³ Die Arbeiterschaft umfasste demgegenüber nach Untersuchungen aus der Zeit der Weimarer Republik 1925 etwa 51,3 Prozent der Gesamtbevölkerung.⁴ Abgesehen von geringen Abweichungen wird diese Zahl von der jüngeren Forschung gestützt und für die Zeit des „Dritten Reiches“ ein ähnlicher Wert verzeichnet.⁵ Somit handelte es sich bei der Arbeiterschaft um die Mehrheit und bei den Industriellen – erst recht bei den Großindustriellen – um einen verschwindend geringen Teil der damaligen Bevölkerung.

Im Vorfeld und im Verlaufe des Ersten Weltkrieges traten die Großindustriellen mit exorbitanten Eroberungsforderungen gegenüber der Regierung auf. Vor allem die komplette Führungsriege der Schwerindustrie projektierte und forderte die Eroberung des Baltikums, Russlands bis zum Ural und zum Kaukasus, Belgiens und einiger Teile Frankreichs.⁶ Die bei-

2 Siehe Statistisches Reichsamt (Hrsg.): *Deutsche Wirtschaftskunde*, Berlin 1933, S.14.

3 Um als Großindustrieller gelten zu können, musste man dem Vorstand eines Unternehmens der damaligen Großindustrie angehört haben. Die privatwirtschaftlich gegliederte Großindustrie jener Zeit umfasste in Deutschland ausschließlich die Schlüsselbranchen Kohle-Eisen-Stahl, Elektroindustrie, Chemieindustrie, Kaliindustrie und den Schiffbau. In diesen Schlüsselbranchen existierten 21 Großunternehmen, die insgesamt über 80 Prozent der Gesamtproduktion auf sich vereinten und in deren Vorständen in der Regel sechs bis acht Personen saßen.

4 Siehe Statistisches Reichsamt (Hrsg.), S.40.

5 Siehe Hugo Ott/Herrmann Schäfer (Hrsg.): *Wirtschaftsploetz. Die Wirtschaftsgeschichte zum Nachschlagen*, 2. Aufl., Würzburg 1984, S.276.

6 Schreiben von Hermann Röchling an den Statthalter von Elsass-Lothringen, v. Dallwitz, 31.08.1914, BACh R 1501, Nr. 119305, Bl. 4; Kriegszielforderung von August Thyssen, August 1914, BACh, Akten der Reichskanzlei, R 43, Nr. 2476, Bl. 66; Kriegszielforderungen von Emil Kirdorf und Hugo Stinnes, Juni 1915, BACh, Akten der Reichskanzlei, R 43, Nr. 2442, Bl. 219f.; Eingabe der Schwerindustrie von 1917 (genaues Datum nicht verzeichnet) an die deutsche Regierung: „Gedanken zur Einverleibung der französisch-lothringischen Eisenerzbecken in das deutsche Reichsgebiet“, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BACh R 13/I, Nr. 153, Bl. 24f.; Niederschrift über eine Besprechung rheinisch-westfälischer Schwerindustrieller im Stahlhof zu Düsseldorf am 16. Mai

den führenden deutschen Industriellenverbände – der „Centralverband deutscher Industrieller“ und der „Bund der Industriellen“ – gründeten bei Kriegsbeginn sogar einen gemeinsamen „Kriegsausschuss“,⁷ um „nach der siegreichen Beendigung unseres schweren Ringens mit der ganzen Welt“ – so die Industriellen wörtlich – „nicht wie früher einen Frieden zustande kommen zu sehen, bei dem die deutsche Industrie [...] nicht gehört“ werde.⁸ Über seine Aktivitäten und Ergebnisse erstattete dieser „Kriegsausschuss“ der Regierung Bericht.⁹

Diese Kriegsziele hatten vor allem ökonomische Gründe: die Eroberung von Rohstoffen und Absatzmärkten sowie die gewaltsame Verdrängung der ausländischen Konkurrenz. Letztlich verbanden sich diese Kriegsziele harmonisch mit dem Hauptgeschäftszweig der deutschen Großindustrie – dem Rüstungsgeschäft. Während des Krieges waren die Kriegsgewinne der deutschen Konzerne und die damit verbundene Aussaugung des Landes so hoch, dass sogar Militärs dagegen rebellierten. General Wilhelm Groener erklärte im Jahre 1917, die Motive der Großindustrie in Hinblick auf den Krieg seien nicht etwa „ethische Motive, wie Opfersinn, Vaterlandsliebe und dergl.“, sondern „fast ausschließlich der Verdienstanreiz“. Je länger der Krieg andauere, so fuhr Groener fort, sei das Bestreben, die Rüstungskonjunktur „nach Kräften auszunutzen, auf allen Seiten um so rücksichtsloser zum Ausdruck gekommen“.¹⁰ Der „Appetit“ der Großindustrie – so Groener – sei „mit dem Essen gewachsen“.¹¹

Sowohl die Kriegsziele als auch der Drang zum üppigen Rüstungsgeschäft gehörten zu den politischen Leitzielen der deutschen Großindustrie, welche den Krieg und die Niederlage von 1918 überdauerten. In einigen Fällen wurde eine ausschweifende Rüstungspolitik sogar offen propagiert und gegenüber der Regierung eingefordert.¹²

1918, BArch R 3101, Nr. 1139, Bl. 88f.; Vermerk über die am 13. Juni 1918 im Reichswirtschaftsamt stattgefundene Besprechung über den Erzbezug aus der Ukraine, 15.06.1918, Akten der GBAG im Bergbau-Archiv Bochum (BBA), 55, Nr. 334.

7 Vertraulicher Bericht über die Sitzung des Sonderausschusses, 09.01.1915, Akten des sächsischen Außenministeriums, Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Rep. 10717, Nr. 2112, Bl. 286 (S.7 des dortigen Papiers).

8 Ebenda, S.7f. des dortigen Papiers.

9 Ebenda, S.8 des dortigen Papiers.

10 Eine Denkschrift von Generalleutnant Groener aus dem Jahre 1917, als er Chef des Kriegsamtes war, Frankfurt/Main 1918, S.7.

11 Ebenda, S.8.

12 Siehe Eingabe des Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie an Reichskanzler Franz von Papen, 16.08.1932, Akten der Deutschen Bank, BArch R 8119 F, Mikrofiche

Die deutschen Großindustriellen wandelten zudem gleich zu Beginn der 20er-Jahre ihre alten Eroberungsziele noch vor Hitler in die Formel vom „Volk ohne Raum“ um und verkündeten sie teilweise öffentlich.¹³ Der Großindustrielle Paul Reusch, Generaldirektor der Gutehoffnungshütte (GHH), brachte die politische Haltung der Großindustriellen auf den Punkt, als er 1927 an einen Bekannten schrieb: „Sie haben zweifellos Recht, dass eine Ursache der wenig erfreulichen Lage, in der sich Deutschland befindet, darauf zurückzuführen ist, dass wir ein Volk ohne Raum sind.“¹⁴

Was hatte das mit der deutschen Arbeiterschaft zu tun? Ohne deren Mitwirkung und Einverständnis ließen sich weder Eroberungskriege durchhalten noch ein üppiges Rüstungsgeschäft betreiben. Die Arbeiterschaft musste davon überzeugt werden, dass sie für „das Vaterland“ zu sterben und hungernd Waffen zu produzieren habe.

Das erwies sich in der Zeit der Weimarer Republik jedoch als äußerst schwierig. Seit Ende des Ersten Weltkrieges tendierte ein großer Teil der Arbeiterschaft zu sozialistischen Auffassungen. In den meisten Gewerkschaften und Arbeiterparteien waren zudem nicht nur antikapitalistische, sondern auch starke antinationale Tendenzen spürbar.

Obwohl die sozialistische Revolution des revolutionären Teils der deutschen Arbeiterbewegung 1918/1919 niedergeschlagen werden konnte, war die weitere Existenz des Kapitalismus in Deutschland keineswegs gesichert. Ein Industriemagnat schrieb über die politische Lage in Deutschland während der revolutionären Kämpfe mit den Arbeitern im März 1920

P 32; Schreiben der Daimler Benz AG an die Deutsche Bank, 27.10.1932, Akten der Deutschen Bank, BArch R 9119 F, Mikrofiche P 3187; Hermann Bücher: Vortrag: Volkswirtschaftliche Einheit von Wissenschaft, Unternehmertum und Arbeiterschaft im Produktionsprozess, in: Veröffentlichungen des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI), H. 37, Oktober 1927, S.60; Fritz Springorum: Schlusswort auf der 60. ordentlichen Mitgliederversammlung des Langnamvereins, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, 1932, Nr. 1, S.67-69; Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Eisenindustrie an General Alfred Volland-Bockelberg, Chef des Heereswaffenamtes, zu den Genfer Verhandlungen, 16. Januar 1933; in: Dietrich Eichholtz u.a. (Hrsg.): Anatomie des Krieges, Berlin 1969, Dok. Nr. 19.

13 Siehe Albert Vögler: Vortrag: Staat und Wirtschaft, auf der Tagung des RDI im März 1924 in Berlin, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.34; Streng vertrauliches Sondergutachten des Botschafters v. Hassel für den Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, Januar 1941: Südost-Europa – Bemerkungen zum Ausgleich der deutschen italienischen Wirtschaftsinteressen, S.1, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8069.

14 Schreiben von Paul Reusch an Alexander Post, 17.11.1927, Nachlass Reusch, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv (im Folgenden: RWVA) 130-400101293/8a.

an den Geschäftsführer des Industriellenverbandes „Bergbauverein“: „Im übrigen ist die Lage hier nichts weniger als geklärt und auch hier werden spartakistische Putsche befürchtet. Hoffentlich gelingt es den Truppen sie niederzuschlagen.“¹⁵

Führende Kapitalisten und deren politische Vertreter versuchten daher gleich zu Beginn der revolutionären Vorwehen 1918, Einfluss auf das politische Bewusstsein der deutschen Arbeiterschaft zu gewinnen. Zu diesem Zweck gründeten sie eine „Arbeiterpartei“, die von ihnen den Namen „Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei“ (DAAP) erhielt und in der historischen Forschung als der unmittelbare Vorläufer der NSDAP betrachtet wird.¹⁶ Dieser „Arbeiterpartei“ mangelte es aber an der nötigen Ausstrahlungskraft auf die Arbeiterschaft, daher hatte dieses Projekt keinen Erfolg. Im Februar 1920 diskutierten führende Großindustrielle, u. a. Karl Haniel, Albert Vögler, Emil Kirdorf und der Bankier Georg Solmssen, das Problem der politischen Einflussnahme auf die Arbeiterschaft erneut. Das Ziel dieser Besprechung war es, einen Weg zu finden, um „das Nationalgefühl im breitesten Umfange zu wecken“ und „die Massen“ für eine „der Erhaltung der Nation dienende[n] Politik zu gewinnen“.¹⁷ Sie fassten einstimmig folgenden Plan: „Gedacht ist, eine Zentralorganisation zu schaffen, die über ein nicht groß genug zu spannendes Netz von Verbindungen verfügt und deren Aufgabe ist, die gemeinsam als richtig erkannten Grundsätze in den verschiedensten Tonarten nach einem bestimmten und vorausschauend disponierenden, ein Gebiet nach dem anderen in Angriff nehmenden System in die Öffentlichkeit hineinzuhämmern, so dass eine öffentliche Meinung geschaffen wird, die zielbewusst auf die Wiederaufrichtung des Vaterlandes hinarbeitet und die Brücke zwischen Führern und Geführten bildet.“¹⁸

Es ist sicher überflüssig, darauf hinzuweisen, dass die Arbeiterschaft die Position der „Geführten“ einnehmen sollte. Allerdings brachte auch die-

15 Schreiben von Wilhelm Hölling an Hans von und zu Löwenstein, 18.03.1920, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8066.

16 Siehe Dirk Stegmann: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Archiv für Sozialgeschichte, Bd. XIII, Bonn-Bad Godesberg 1973, S.399-482, hier S.402.

17 Schreiben von Georg Solmssen an Hugo Stinnes, 28.04.1920, in: Erwin Könnemann/ Gerhard Schultze (Hrsg.): Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente, München 2002, Dok. Nr. 334.

18 Ebenda.

ser Plan keine spürbaren Ergebnisse, und daher fühlte sich der Großindustrielle Hugo Stinnes (sen.) 1923 dazu veranlasst, auszurufen: „Deshalb [...] muss ein Diktator gefunden werden, ausgestattet mit der Macht, alles zu tun, was irgendwie nötig ist. So ein Mann muss die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein.“¹⁹

Die deutsche Arbeiterschaft von einer „*Wiederaufrichtung des Vaterlandes*“ bzw. von der Wiederaufnahme des aus der Sicht der Großindustriellen 1918 abgebrochenen Krieges sowie des damit zusammenhängenden Rüstungsgeschäftes zu überzeugen, war allerdings nur eines der beiden grundlegenden politischen Ziele, welche die Großindustriellen in Bezug auf die Arbeiterschaft verfolgten. Das andere Ziel bestand darin, die Arbeiterschaft politisch zu entrecchten und sie im Hinblick auf die Lebensbedingungen auf einen Hunger-Standard hinabzudrücken. Auf der Tagung des „Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ (RDI) im März 1924 trat der radikale Flügel der deutschen Großindustrie unter Führung des Großindustriellen Ernst von Borsig mit einem politischen Programm für einen umfassenden Sozial- und Demokratieabbau an die Öffentlichkeit. Borsig hielt vor seinen „Standesgenossen“ eine lebhaft beklatschte Rede und forderte eine zukünftige Gesellschaft, die drei Kriterien zu erfüllen hätte. Zum Ersten wollte Borsig den Gewerkschaften das Streikrecht entziehen. Dazu äußerte er: „Ein besonderes Recht zum Streiken kann nicht anerkannt werden. Der Streik gibt keinen Rechtstitel ab, sondern ist ein tatsächliches Machtmittel.“²⁰ Zweitens sollten die Tarifverträge nicht mehr den Lohnausgleich gegenüber den Arbeitern bewirken, sondern nur noch den Interessen der Kapitalisten entsprechen: „Vor dem Tarifvertrag steht die Wirtschaft, der er zu dienen hat.“²¹ Schließlich sollten zum Dritten die Gewerkschaften nicht mehr die Interessen der Arbeiter vertreten und ihre Aufgaben nicht vom Standpunkt des „Klassenkampfes“ aus betrachten, sondern von dem der „Volksgemeinschaft“ aus.²²

Das Fazit von Borsigs Rede war somit, die Macht der Gewerkschaften durch die ideologische Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ zu untergraben und die Arbeiter durch den Entzug des Streikrechtes zu entwaffnen. Denn in der „Volksgemeinschaft“ saßen plötzlich Arbeiter

19 Zit. nach: George Hallgarten: Hitler, Reichswehr und Industrie. Zur Zeitgeschichte der Jahre 1918-1933, Frankfurt/Main 1955, S.65.

20 Ernst von Borsig: Vortrag: Industrie und Sozialpolitik, gehalten auf der RDI-Tagung in Berlin im März 1924, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.42.

21 Ebenda.

22 Siehe ebenda.

und Kapitalisten in einem Boot. Sie gehörten dann quasi zur selben „sozialen Gruppe“ – den sogenannten „Volksgenossen“. Der Generaldirektor des Krupp-Konzerns, Kurt Sorge, machte im Anschluss an Borsigs Ausführungen auf der RDI-Tagung 1924 in seinen Dankesworten deutlich, dass dieser die Gedanken und Auffassungen der gesamten Industrie formuliert hatte.²³ Auf die ideologische Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ kamen später auch andere deutsche Großindustrielle zurück – so z.B. 1926 Paul Silverberg²⁴ und 1931 Fritz Thyssen.²⁵

Beachtenswert ist, dass Hitler, als Borsig die Formel „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ erstmals 1924 öffentlich vortrug, noch eine „politische Null“ war, von der man in der Öffentlichkeit fast keine Notiz nahm. Und das Buch „Mein Kampf“, das später sowohl in Industrie-²⁶ wie in Adelskreisen herumgereicht wurde,²⁷ war noch nicht veröffentlicht.

Der erfolgreiche soziale Kampf der Arbeiterschaft, geführt und unterstützt durch ihre Gewerkschaften sowie von SPD und KPD, machte in der Weimarer Republik die Erreichung der politischen Wünsche der Großindustrie zunehmend unmöglich und vertiefte den Gegensatz zwischen Arbeiterschaft und Großindustriellen. Zu dieser Situation bemerkte der Großindustrielle Emil Kirdorf: „So gipfelt die Angst und die Sorge um des Vaterlandes Zukunft in der bangen Frage: Wird Deutschland wieder ein Führer erstehen, der es aus seiner Zersplitterung und Verelendung wieder zur Hö-

23 Kurt Sorge: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Berlin im März 1924, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 21, April 1924, S.50.

24 Paul Silverberg machte 1926 der SPD, der größten Arbeiterpartei, direkt das Angebot eines politischen Bündnisses, wenn sie im Gegenzug dazu den „Klassenkampfgedanken“ fallen ließe. Siehe Paul Silverberg: Redebeitrag auf der Mitgliederversammlung des RDI am 4. September 1926, in: Veröffentlichungen des RDI, H. 32, September 1926, S.75.

25 Fritz Thyssen sagte 1931 auf der Tagung des Industriellenverbandes „Langnamverein“: „Kann man aber eine Einheitsfront mit Leuten herstellen, die nach wie vor an dem Klassenkampfgedanken festhalten? Es gibt nur eine Einheitsfront, die geeignet ist, das Volk in seiner Gesamtheit zu umfassen, das ist die nationale Volksgemeinschaft. Das Wesen einer Volksgemeinschaft kann überhaupt nur national sein.“ Siehe Fritz Thyssen: Redebeitrag auf dem Treffen des Langnamvereins im Januar 1931, in: Mitteilungen des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, Nr. 1, 1931, S.16-19.

26 Nachlass Ernst Poensgen, Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund, N 7/18, unveröffentlichtes Manuskript „Hitler und die Ruhrindustriellen“, S.6.

27 Rundschreiben des Fürsten Eulenburg-Hertefeld, Februar 1932, Gutsarchiv des Grafen v. Schöning-Muscherin, Landesarchiv Vorpommern, Rep. 38d, Nr. 118, Bl. 95.

he führt.“²⁸ Für die Arbeiterschaft und das deutsche Volk überhaupt hatten Großindustrielle wie Kirdorf eine sehr abfällige Bezeichnung: „*die Bestie Volk*“.²⁹ Diese „Bestie“ galt es in Ketten zu legen. In dieser Hinsicht bot sich Hitler persönlich den Großindustriellen als politische Lösung an.

2. Hitler garantiert den Großindustriellen die Erfüllung ihrer politischen Ziele

In den Jahren von 1926 bis 1933 umwarb Hitler die Großindustriellen systematisch auf zahlreichen Großveranstaltungen und intimen Treffen. Ein Industriemagnat schrieb darüber schon 1930, er wisse, „wie Adolf Hitler im Revier bei den führenden Herren aufgetreten sei und welchen starken Eindruck das hinterlassen habe“.³⁰ Hitler und auch andere Nazi-Führer versprachen den Industriellen, ihre Wirtschaftsinteressen mit der Machtpolitik des Staates, bis hin zum Führen von Kriegen,³¹ zu verbinden, sagten ihnen die Wiederaufrüstung³² und die Entrechtung der Arbeiterschaft, u. a. durch die Vernichtung der Gewerkschaften zu.³³

So ist es nicht verwunderlich, dass Hitler für seine prokapitalistische Haltung von den führenden Großindustriellen jener Zeit großen Zuspruch bekam. In einem Brief erklärte Fritz Springorum beispielsweise, er und Al-

28 Emil Kirdorf: *Erinnerungen 1847-1930*, Düsseldorf 1930, S.180. Dieses Buch Kirdorfs war ausdrücklich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Das mir zugängliche Exemplar befindet sich im „Nachlass Kirdorf“, in den Akten der GBAG, im Bergbauarchiv Bochum, Bestand 55, Nr. 2938.

29 Ebenda, S.91.

30 Schreiben von Jacob Wilhelm Reichert an Max Schlenker, 04.12.1930, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BArch R 13/I, Nr. 602, Bl. 229.

31 Siehe Adolf Hitler: *Der Weg zum Wiederaufstieg*, in: Kirdorf, *Erinnerungen*, S.185; Vortrag Adolf Hitlers vor westdeutschen Wirtschaftlern im Industrie-Klub zu Düsseldorf am 26. Januar 1932, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.): *Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen*, Februar 1925-Januar 1933, Bd. IV/3, München 1997, S.84-96; Dirk Stegmann: *Mitteleuropa 1925-1934. Zum Problem der Kontinuität der deutschen Außenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler*, in: Bernd-Jürgen Wendt u. a. (Hrsg.): *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte*, Bonn 1978, S.203-224, hier S.218.

32 Siehe Rede Adolf Hitlers vor führenden Industriellen am 20. Februar 1933, in: Heinz Brüdigam: *Das Jahr 1933. Der Terrorismus an der Macht. Eine Dokumentation über die Errichtung der faschistischen Diktatur*, Frankfurt/Main 1978; Dok. Nr. 7; Eberhard Czichon: *Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln 1967, S.82.

33 Siehe Eidesstattliche Erklärung Wilhelm Keplers, 24.09.1946, in: Ulrike Hörster-Philips: *Großkapital und Faschismus, 1918-1945. Dokumente*, Köln 1981, Dok. Nr. 108.

bert Vögler hätten schon 1923 Hitler unterstützt, weil dieser „mit seiner Bewegung eine Bresche in die sozialdemokratische Arbeiterschaft geschlagen habe“, weshalb Springorum und Vögler ihm „sympathisch gegenüberstünden“ und „ihn wiederholt geldlich unterstützt“ hätten.³⁴ Karl Haniel erklärte, der Nationalsozialismus bedeute für das Ruhrgebiet „die Erlösung von dem Kommunismus“.³⁵ Für die Nazis sprach sich auch der Hamburger Großreeder Wilhelm Cuno aus, der am 17. April 1931 im Düsseldorfer Industrieklub vor den dort versammelten deutschen Kapitalisten erklärte, dass man die NSDAP brauche, weil „in unserem Volke immer mehr der Glaube an Kraft und Segnung des Kapitalismus schwindet“.³⁶ Und der Großindustrielle Rudolf Blohm sah im Faschismus „ein Instrument zur Unterdrückung des Klassenkampfes und zur Sicherung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“.³⁷

Mehrfach reiste Hitler zudem ins Ruhrgebiet zu den führenden Industriellen, um ihnen zu versichern, dass die antikapitalistische NS-Propaganda nur dem Wählerfang diene und er die Arbeiterschaft später in den Dienst der Industriellen stellen werde. Wie groß der Erfolg Hitlers bei den rheinisch-westfälischen Großindustriellen war, verdeutlicht ein Bericht der Düsseldorfer Polizei. Dort heißt es, Hitler, der in den letzten Monaten des Jahres 1930 mehrfach in Essen zu Unterredungen bei „führenden Männern der Ruhr-Groß-Industrie gewelt“ habe,³⁸ sei es vor allem darum gegangen, die Großindustriellen über die tatsächliche Stellung der NSDAP-Führung zur deutschen Arbeiterschaft aufzuklären. Hitler erklärte, die antikapitalistische NS-Propaganda stelle lediglich eine Werbestrategie dar, um einen ideologischen Einfluss auf die Arbeiterschaft zu gewinnen. Dies war letztlich das probateste Mittel, um „die Bestie Volk“ unter Kontrolle zu bringen. Über das Ergebnis von Hitlers Bemühungen war in diesem Polizeibericht wörtlich zu lesen: „Aufgrund dieser, dem Arbeitgeberstandpunkt angenäherten Auffassungen Hitlers haben einige Herren der Groß-Industrie

34 Zit. nach: Georg Franz-Willing: *Der Ursprung der Hitlerbewegung 1919-1922*, 2. Aufl., Preußisch Oldendorf 1974, S.288.

35 Zit. nach: Anton Betz: *Die Tragödie der „Münchner Neuste Nachrichten“ 1932/33*, in: Emil Dovifat/Karl Bringmann (Hrsg.): *Journalismus*, Bd. 2, Düsseldorf 1961, S.34.

36 Zit. nach: Hans Radandt: *Kriegsverbrecher-Konzern Mansfeld*, Berlin 1958, S.154.

37 Zit. nach: Andreas Meyhoff: *Blohm und Voss im „Dritten Reich“*. Eine Hamburger Großwerft zwischen Geschäft und Politik (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 38), Hamburg 2001, S.49.

38 Bericht des Reg.Präs. Düsseldorf vom 14. Januar 1931 an den Ober.Präs. in Koblenz, Landeshauptarchiv Koblenz (im Folgenden: LHA Koblenz), Abt. 403, Nr. 16734, Bl. 285f.

Hitler sehr erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt.³⁹ Nach diesem Polizeibericht soll es sich dabei um insgesamt 1,1 Millionen Mark gehandelt haben.⁴⁰ Schon seit etwa 1928 erfolgten mehrfach Zahlungen vonseiten des Industriellenverbandes „Bergbauverein“ sowie von verschiedenen Industriellen an die NSDAP und ihre Unterorganisationen.⁴¹ Bis zum Jahre 1931 hatten sich die finanziellen Zuwendungen des „Bergbauvereins“ an die Nazi-Partei so entwickelt, dass sich sogar Alfred Hugenberg beim Geschäftsführer des Industriellenverbandes „besorgt über die hohen Zuwendungen des Bergbauvereins an Hitler“ äußerte.⁴²

Im Februar 1933 stellten alle führenden Konzerne der Großindustrie der NSDAP-Führung für die letzte und alles entscheidende Reichstagswahl der Weimarer Republik den größten Einzelwahlfonds in der Geschichte jener Zeit zur Verfügung und waren allein schon dadurch für Hitlers Aufstieg mitverantwortlich.⁴³

3. Bündnis zwischen Großindustrie und NS-Führung nach 1933 gegen die Arbeiterschaft

Wie wirkte sich die Liaison mit der NS-Führung nun im „Dritten Reich“ auf das Verhältnis der kapitalistischen Führung der Großindustrie zur Arbeiterschaft aus? Dem nachzugehen ist vor allem deshalb von Belang, weil die NSDAP-Führer in der Zeit der Weimarer Republik vor ihren Wählern dem äußeren Anschein nach u. a. mittels des Begriffs der „Sozialisierung“ eine antikapitalistische Gesellschaft propagiert und immer wieder behauptet hatten, dass sie die elementarsten Probleme der Arbeiterschaft zu lösen gedächten. Eine Propaganda, die, wie gesagt, eine ganze Reihe von Historikern nach wie vor wörtlich zu nehmen pflegt.⁴⁴

39 Ebenda, Bl. 286.

40 Ebenda.

41 Siehe dazu folgenden Schriftwechsel: Schreiben von Ernst Brandi an Herbert Kauert, 04.07.1934, Akten des Zechenverbandes, BBA, 14, Nr. 445; Schreiben von Ernst Brandi an Josef Wagener, 06.10.1934, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 150; Schreiben von Josef Wagener an Ernst Brandi, 08.10.1934, ebenda.

42 Schreiben von Hans von und zu Löwenstein an Ernst Brandi, 05.06.1931, Akten des Bergbauvereins, BBA, 16, Nr. 8029a.

43 Aufzeichnung von Martin Blank vom 21. Februar 1933 für Paul Reusch über das Treffen vom 20. Februar 1933 zwischen Großindustriellen und Hitler, Nachlass Reusch, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv 130-4001012024/11, Bl. 371-375.

44 Hier nur einige Beispiele: Henry Ashby Turner: Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985, S.232-243; Gustav Luntowski: Hitler und die Herren von der

Die Wirklichkeit der Nazi-Diktatur stand in krassem Widerspruch zu den vor 1933 gemachten Wahlversprechen der NSDAP-Führung an die „einfache Bevölkerung“. Noch im Jahre 1933 wurden die Gewerkschaften von der Nazi-Regierung kurzerhand zerschlagen. Einen Höhepunkt der Nazi-Gesetzgebung bei der Errichtung der sogenannten Volks-„Gemeinschaft“ stellte das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ dar, das am 20. Januar 1934 erlassen wurde. Dort heißt es, dass „der Unternehmer als Führer des Betriebes, die Angestellten und Arbeiter als Gefolgschaft“ arbeiten sollten, wobei „der Führer des Betriebes“ von nun an „der Gefolgschaft gegenüber in allen betrieblichen Angelegenheiten“ zu entscheiden hatte.⁴⁵ Das mag vielleicht ganz harmlos klingen, aber was derartige Verordnungen in der Praxis bedeuteten, darüber vermittelt ein Vorkommnis im Rüsselsheimer Werk des Automobilkonzerns „Opel AG“ eine realistische Vorstellung. Am 26. Juni 1936 hielten 260 Arbeiter die Produktionsbänder an und legten die Arbeit nieder.⁴⁶ Daraufhin begaben sich die Arbeiter zur Betriebsverwaltung, um wegen der Senkung ihrer Löhne zu protestieren. Die Betriebsverwaltung drohte den Arbeitern jedoch mit der Polizei, worauf sie die Arbeit wieder aufnahmen. Mit Genehmigung des „Gauwalters“ der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) und des „Treuhanders der Arbeit“ wurden die Arbeiter noch am selben Tage fristlos entlassen. Zu den Lohneinbußen, die der Grund für diese Arbeitsniederlegung waren, bemerkt der Gestapo-Bericht, aus dem auch die dargebotenen Informationen zu diesem Vorfall stammen: „Die Klage der Opelarbeiter ist angesichts der Tatsache, dass tausende von Arbeitern in anderen Betrieben des Wirtschaftsgebietes im Akkord kaum den Grundlohn eines Opelarbeiters erreichen können, völlig unbegründet.“⁴⁷

Wie unbegründet jedoch ist eine Lohnforderung in einem Wirtschaftssystem, in welchem die Löhne sinken, während die Lebenshaltungskosten steigen? In der Zeit von 1933 bis 1937 fiel der Index des Realariflohnes um sieben Prozent.⁴⁸ In einem Schreiben an Adolf Hitler hatte Robert Ley,

Ruhr, Frankfurt/Main 2000, S.72; Werner Abelshauser: Ruhrkohle und Politik. Ernst Brandt 1875-1937. Eine Biographie, Essen 2009, S.73.

45 Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit“, 20.01.1934, §§ 1 u. 2, RGB, Reichsgesetzblatt T. 1, Nr. 7, 13. März 1934.

46 Bericht der Geheimen Staatspolizei, 28.08.1936, BArch, Mikrofilm PK I0423, Bildnummer 0078-0079.

47 Ebenda, Bildnr. 0080.

48 Siehe Jürgen Kuczynski: Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland, Bd. II, Erster Teil, Berlin 1953, S.131f.

Reichsleiter der DAF, bereits ein Jahr vor dem Streik bei Opel festgestellt: „Die Aufwärtsbewegung der Preise hat in den letzten Tagen eine Entwicklung genommen, die stärkste Unruhe hervorgerufen hat. Von allen Seiten und aus allen Teilen des Reiches häufen sich die Klagen gerade über ein Emporschnellen der Lebensmittelpreise zu einer für den Arbeiter fast unerschwinglichen Höhe.“⁴⁹

Aufschlussreich über den Charakter des diktatorischen Regimes in Deutschland nach 1933 und auch über die sogenannte „Volksgemeinschaft“ ist eine Gegenüberstellung, wie die gültigen Gesetze gegenüber den Arbeitern bzw. den führenden Kapitalisten Deutschlands, etwa im Falle von Opel, angewandt wurden. Die Opel-Arbeiter wurden durch die Anwendung der Gesetze geknebelt, während der NS-Staat im Falle des Aufsichtsratsvorsitzenden des Opel-Konzerns ganz anders verfuhr. Im Jahre 1929 hatte Wilhelm von Opel⁵⁰ seinem Sohn Fritz von Opel einen Betrag in Höhe von 15 Mill. Mark in Form einer „Schenkung“ vermacht. Sein Sohn legte das Geld in Amerika an.⁵¹ Dieses Geld hätte jedoch auf Grundlage des „Volksverratsgesetzes“ von 1933 den Steuerbehörden angegeben werden müssen, was Fritz von Opel wohlweislich nicht tat.⁵² Damit machte er sich „devisenrechtlich strafbar“. Wie der dazu vorliegende amtliche Bericht vermerkt, wurde das „Verfahren jedoch nicht in der vorgeschriebenen Schärfe durchgeführt“ und das laut Bericht „in Kenntnis und mit Willen des Reichswirtschaftsministers und des Führers“.⁵³ Anstelle einer hohen Zuchthausstrafe wurde Opel nur eine „Steuerstrafe“ von anfangs 3,5 Mill. Mark auferlegt. Davon zahlte er aber tatsächlich nur 750.000 Mark und der „Rest“ wur-

49 Schreiben von Robert Ley an Adolf Hitler, 15.08.1935, in: Wolfgang Ruge/Wolfgang Schumann (Hrsg.): Dokumente zur Deutschen Geschichte 1933-1935, Berlin 1977, Dok. Nr. 118.

50 Wilhelm von Opel war bis 1929 Besitzer der „Adam-Opel-AG“. In jenem Jahre verkaufte er das Unternehmen an den amerikanischen Automobilkonzern „General Motors Comp.“ (GM). Die GM zahlte ihm für seinen Konzern mit 160 Mill. Mark fast das Dreifache dessen, was sein Unternehmen dem Aktienkapital nach wert war. Trotz dessen behielt Wilhelm von Opel noch eine Zeitlang 15 Prozent der Aktien seines Unternehmens, bevor es vollständig in den Besitz der GM überging. Obwohl er mit diesem Geschäft seinen Konzern veräußert hatte, blieb er Aufsichtsratsvorsitzender und besaß zudem Aktien anderer deutscher Unternehmen im Wert von etwa 30 Mill. Mark. Siehe Bericht aus der NSDAP-Korrespondenz vom 5. Juni 1936 über die Opelwerke, BArch, Mikrofilm PK 10423, Bildnr. 118-20.

51 Ebenda, Bildnr. 116.

52 Ebenda.

53 Ebenda.

de ihm „amnestiert“.⁵⁴ Der amtliche Bericht schließt mit der Bemerkung: „Nicht uninteressant ist, dass Geheimrat von Opel inzwischen versuchte, diese von ihm bezahlten 750.000 RM wieder zurückzuerhalten und dafür verschiedene Persönlichkeiten im Gau bemühte.“⁵⁵

Während also die Arbeiter der Opel-Werke mit aller Härte gnadenlos abgestraft wurden, weil sie de facto nur ein paar Pfennige mehr Lohn forderten, wurde im Gegensatz dazu für einen Mann an der Spitze desselben Konzerns der Steuerbetrug fast vollständig legalisiert. Die Einwohner des „Dritten Reiches“ waren vor den Gesetzen des Nazi-Staates eben nicht gleich. Die Realisierung der Borsig-Konzeption von 1924, die nach 1933 einsetzte, verdeutlicht, wem die Nazi-Regierung bei der Gestaltung der Gesellschaft den Vorzug einräumte. Der deutsche Diplomat Ulrich von Hassell notierte 1943 ein Gespräch, das im Hause des preußischen Finanzministers Johannes Popitz mit dem Generaldirektor des Krupp-Konzerns Ewald Löser geführt wurde. In diesem Gespräch gab Generaldirektor Löser an, dass der Großindustrielle Krupp und der Generaldirektor des Stahlkonzerns „Mannesmann AG“ Wilhelm Zangen sowie „die führenden Leute“ der Industrie hinter Hitler stünden. Wörtlich vermerkte Hassell: „Generaldirektor Loeser ein kluger klarblickender Mann, erzählte neulich bei Popitz, die führenden Leute, an der Spitze natürlich der servile Krupp-Bohlen und der kaltschnäuzig egoistische Zangen ständen beide hinter Hitler, weil sie glaubten, auf diese Weise gut zu verdienen und die Arbeiter an der Leine zu halten.“⁵⁶

Eine sogenannte „Volksgemeinschaft“ war in der Praxis also eine Fiktion. Wenn die Arbeiterschaft ihrer sozialen Rechte, ihrer Parteien und ihrer Gewerkschaften beraubt und noch dazu per Gesetz zur „Gefolgschaft“ des „Unternehmers“ degradiert worden war, so hatte der NSDAP-Staat⁵⁷ die gesellschaftlichen Bedingungen grundsätzlich zugunsten der Kapitalisten verändert und ihnen die Arbeiterschaft ausgeliefert. Es waren die gesell-

54 Ebenda.

55 Ebenda.

56 Tagebucheintrag von Ulrich v. Hassell, 06.03.1943, in: Friedrich Freiherr Hiller von Garteringen (Hrsg.): *Die Hassell-Tagebücher 1938-1944*, Berlin 1989, S.351.

57 Die juristisch korrekte Bezeichnung des damaligen deutschen Staates. Siehe Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933, (§1) „Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staate unauslöschlich verbunden.“, in: Walter Hofer: *Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933-1945*, Frankfurt/Main 1957, Dok. Nr. 32.

schaftlichen Verhältnisse, um die die Großindustrie über die gesamte Weimarer Zeit hinweg vergeblich gerungen hatte.

Hatten die Industriellen vor 1933 über die Lohnforderungen der Gewerkschaften,⁵⁸ über den „zerfleischenden Parteienkampf“ bzw. über das „Überwuchern des parteipolitischen Einflusses“ geklagt,⁵⁹ und waren sie infolge dessen zu der Ansicht gelangt, dass man Ermächtigungsgesetze brauche und die Parteien von der Regierungsbildung ausschalten müsse,⁶⁰ so waren alle diese Fragen in wenigen Monaten vom NS-Staat bereinigt worden. Die führenden deutschen Konzerne spendeten der Nazi-Regierung daher reichlich Applaus. So heißt es beispielsweise schon im ersten Vorstandsbericht der Deutschen Bank über das 1933 abgelaufene Geschäftsjahr: „Während des ersten Jahres der nationalsozialistischen Reichsführung hat sich im Wirtschaftsleben Deutschlands eine entschiedene Wendung zum Besseren vollzogen. Sie war das Ergebnis tatkräftiger staatlicher Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftspolitik, aber auch wiedergewekter Unternehmungslust auf der Grundlage einer aus der politischen Neuordnung geborenen Vertrauensstärkung.“⁶¹ Wer hier wem sein Vertrauen aussprach, ist offensichtlich. Und die Grundlage für diese „Vertrauensstärkung“ stellte jene „politische Neuordnung“ dar, die letztlich nichts anderes als die Hitler-Diktatur war.

Selbst der Wechsel des Arbeitsplatzes wurde den Arbeitern vom NSDAP-Regime zunehmend unmöglich gemacht. So wurde bereits 1935 für die Flugzeugindustrie ein „Abkehrschein“ eingeführt, der den Arbeitern einen

58 Siehe z. B. Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1929, S.26f.; Borsig, Vortrag: Industrie und Sozialpolitik; Fritz Springorum: Wirtschaftspolitische Streiflichter, in: Sonderdruck aus dem Wirtschaftsjahrbuch für das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet, Essen 1931, S.11f.; Albert Vögler: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Köln, Juni 1925; in: Veröffentlichungen des RDI, H. 28, Juli 1925, S.33-39; Ernst von Borsig: Redebeitrag auf der RDI-Tagung in Köln, Juni 1925; in: Veröffentlichungen des RDI, H. 28, Juli 1925, S.39-50.

59 Schreiben der Industrie und Handelskammer München an den Reichskanzler General von Schleicher, 13.01.1933, Akten des Büros des Reichspräsidenten, BArch R 601, Nr. 734, Bl. 198. Siehe auch Max Schlenker: Gesunde Wirtschaft im starken Staat; in: Stahl und Eisen, November 1932, S.1169.

60 Siehe z.B. Schreiben von Paul Reusch an Georg Dörge, 04.08.1932, Nachlass Reusch, RWVA 130-4001012007/13; Willy Wittke: Redebeitrag auf der Mitgliederversammlung des RDI am 12. Dezember 1929, in: Wirtschafts- und Sozialpolitik, Steuer- und Finanzpolitik, Veröffentlichungen des RDI, Nr. 50, Januar 1930, S.37f.

61 Jahresbericht der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft für 1933, S.9.

Arbeitsplatzwechsel verlegte.⁶² In einer Besprechung mit dem Chef des Wehrwirtschaftsstabs forderte der Großindustrielle Ernst Poensgen 1938 ähnliche Regelungen auch für die Metallindustrie. Poensgen erklärte, dass man die „Metallarbeiterordnung“ so auslege, dass ein Arbeitsplatzwechsel erschwert würde.⁶³ Es sei nämlich sinnwidrig, wenn man Arbeitskräfte zwangsweise zugewiesen bekäme, denen man auf der anderen Seite einen Wechsel des Arbeitsplatzes erlaube.⁶⁴ Die Arbeitsämter hätten einen solchen Vorfall in jedem Fall zu prüfen. Als Antwort erhielt Poensgen den beruhigenden Hinweis, dass natürlich auch der „Betriebsführer“ in einem solchen Fall generell gehört werden müsse.⁶⁵ Trotzdem drohte Poensgen, dem es offensichtlich noch nicht ausreichte, dass ihm die Arbeiterschaft bereits derart ausgeliefert war, mit den Worten: „Wenn allerdings ein Arbeitsamt nicht funktioniere, dann müsse man sich wohl dagegen wehren.“⁶⁶

Somit hatte der NS-Staat Verhältnisse hergestellt, die sich an Zustände des feudalen Absolutismus annäherten. Der Arbeiter wurde, wie einst der Bauer an die „Scholle“, an seinen Arbeitsplatz gebunden und war ähnlich wie einst die Leibeigenen nichts mehr als eine willenlose „Gefolgschaft“, die politisch und gesellschaftlich unmündig dem „Arbeitgeber“ ausgeliefert war. Dieser Zustand wurde gerade in der Rüstungsindustrie fortwährend ausgebaut. In den „Deutschland-Berichten“ der in jener Zeit im Untergrund tätigen Reste der Sozialdemokratischen Partei wird hinsichtlich eines Rüstungsbetriebes der Metallindustrie berichtet, dass 1937 eine aus SS-Leuten gebildete Werkspolizei eingesetzt wurde. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Die Burschen fläzen sich den ganzen Tag im Betrieb herum. Stehen zwei Arbeiter beisammen, erscheint sofort der ‚Schwarze‘ und fordert sie auf, an ihre Plätze zu gehen, sucht ein Arbeiter einen anderen auf, um eine Auskunft zu bekommen, sofort erscheint die Werkspolizei; steht einer an der Werkzeugausgabe, sofort erscheint der Herr SS-Mann mit der Uhr hinter ihm und kontrolliert, wie lange er braucht.“⁶⁷ Das Auftauchen und die Aktionen dieser „Werkspolizei“ quitierten die Arbeiter des besag-

62 Geheime Niederschrift einer Besprechung, zwischen E. Poensgen, J.W. Reichert, General Thomas u. a., 23.09.1938, Akten des VDESI/Wirtschaftsgruppe eisenschaffende Industrie, BArch R 13/I, Nr. 602, Bl. 196.

63 Ebenda.

64 Ebenda, Bl. 196f.

65 Ebenda, Bl. 197.

66 Ebenda.

67 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Hrsg.): Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Vierter Jg. 1937, Frankfurt/Main 1980, S.796.

ten Betriebes allerorts mit der Bemerkung: „Jetzt wissen wir wenigstens, daß wir im Zuchthaus sind.“⁶⁸ Auch was die „Sozialisierung“ betrifft, hinsichtlich der gewisse Historiker ihren Lesern zu erklären versuchen, dass die Großindustriellen deshalb eine starke Abneigung gegenüber der NS-Führung entwickelt hätten, so sorgte diese Angelegenheit bei den höheren Behörden höchstens für Gelächter. So übergab Poensgen in der bereits erwähnten Besprechung von 1938 dem Chef des Wehrwirtschaftsstabes General Thomas die Aufzeichnung eines Gespräches mit einem Beamten des Reichskommissariates für Preisbildung. Darin war die Bemerkung zu lesen, dass „im Kriegsfall an eine Sozialisierung der ganzen Eisenindustrie“ zu denken wäre.⁶⁹ Die Reaktion des Chefs des Wehrwirtschaftsstabes gibt die geheime Niederschrift dieser Besprechung wie folgt wieder: „Thomas schüttelt den Kopf und lacht und erklärt es für Unsinn.“⁷⁰

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass innerhalb der gesellschaftlichen Konfrontation zwischen den Interessen der Arbeiterschaft und denen der Großindustriellen die NS-Führung eindeutig auf der Seite der Großindustriellen stand. Sie setzte die Borsigkonzeption von 1924 quasi eins zu eins um und schuf damit erstklassige Rahmenbedingungen für eine verschärfte und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiterschaft durch die Kapitalisten. An die Stelle des noch halbwegs akzeptablen Tarifsystems der Weimarer Republik trat ein staatliches Zwangssystem, das den Lohn drückte. Hitler übernahm den Krisenlohn Brünings, den dieser per Notverordnung schon um 15 bis 20 Prozent (und mehr) gesenkt hatte,⁷¹ und setzte ihn nochmals herab – in einigen Bereichen der Industrie selbst nach den offiziellen Nazi-Statistiken sogar bis zu zwölf Prozent.⁷² In mehr als der Hälfte der Regionen Deutschlands wurden nach den Studien Jürgen Kuczynskis Zustände erreicht, in denen man den Lohn sogar um 50 bis 100 Prozent hätte anheben müssen, um überhaupt wieder das Existenzminimum zu erreichen.⁷³ Die Ausbeutung der Arbeiter stieg dabei derart enorm, dass sich die An-

68 Ebenda.

69 Geheime Niederschrift, 23.09.1938, Bl. 195.

70 Ebenda.

71 Errechnet auf Grundlage des statistischen Materials in den Akten der Klöckner Bergbau AG, BBA, 25, Nr. 115.

72 Siehe Kuczynski, Geschichte, S.134.

73 Siehe ebenda, S.150.

zahl der Arbeitsunfälle mehr als verdoppelte.⁷⁴ Im Vergleich dazu muteten selbst die Zustände in der „Brüning-Ära“ geradezu „paradiesisch“ an. Während die Arbeiterschaft in dieser illusionären „Volksgemeinschaft“ so extrem unterdrückt wurde wie zu Bismarcks Zeiten, wurde sie zudem schlechter bezahlt als in der Hungerära Brüning. Währenddessen stiegen die Gewinne der Konzerne stark an. Siemens⁷⁵ und Klöckner konnten ihren Reingewinn verdoppeln, die Vereinigten Stahlwerke verdreifachen, bei Hoesch und Mannesmann stieg er gar auf das Sechs- bzw. Zehnfache,⁷⁶ um nur einige Beispiele zu nennen. Dies stellt auch ein hervorragendes Beispiel dar, dass industrielles Wachstum nicht zugleich wachsenden Wohlstand bedeutet. Gemessen an den Interessen der Großindustriellen besteht hier keinerlei Zusammenhang. Die „Bestie Volk“ muss nicht mehr gefüttert werden als unbedingt nötig. Schon im „Kommunistischen Manifest“ heißt es über die kapitalistische Gesellschaft: „[...] die in ihr arbeiten, erwerben nicht, die in ihr erwerben, arbeiten nicht“.⁷⁷ Daran hatte sich im „Dritten Reich“ nichts geändert. Im Gegenteil, die Voraussetzungen zur Manifestierung dieses Grundsatzes wurden ausgebaut.

74 Siehe ebenda, S.159.

75 Siehe Geschäftsberichte der Siemens & Halske AG für 1933, S.22-27; für 1934, S.24 -29; für 1935, S.28-33; für 1936, S.28-33; für 1937, S.28-33; für 1938, S.33-39; für 1939, S.20-25; für 1940, S.19-25.

76 Siehe Geschäftsberichte der angeführten Unternehmen in den Akten der Deutschen Bank, BArch R 8119 F, Mikrofiche P 1298-1299, 1566-1567 sowie P 1226 und P 1275.

77 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, 37. Aufl., Berlin 1987, S.62.